

# Reiner Pommerin

## Reif machen für die Welt!

### Gedanken zur Ausbildung einer Elite für internationale Aufgaben

*„Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen, Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, Wenn hinten weit in der Türkei, Die Völker aufeinander schlagen, Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus, Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten; Dann kehrt man abends froh nach Haus, Und segnet Fried' und Friedenszeiten.“*

*(Goethe, Faust I)*

Offensichtlich hat so mancher Bürger der Bundesrepublik Deutschland noch nicht erkannt, daß die Türkei nicht mehr „hinten weit“, und viele Teile der ehemals so entfernt scheinenden Welt inzwischen direkt vor der eigenen Haustür liegen. Auch die Betrachtung von blutigen Konflikten und Umweltkatastrophen auf dem Fernsehschirm im Wohnzimmer, bei Knabbergebäck, kaltem Bier oder Rotwein, hat das Distanzgefühl kaum verringert. Dabei hätten doch bereits der Reaktorunfall und die noch weit von seinem Ursprungsort Tschernobyl entfernte zu verzeichnende Radioaktivität, die Anschläge eines weltweit agierenden Terrorismus oder die Aktivitäten eines ebenso weltweit operierenden Drogenhandels sowie ähnliche Erscheinungen deutlich machen müssen, daß nicht mehr nationale Egoismen, sondern nur eine enge internationale Kooperation die Zukunftsprobleme der Welt meistern kann. „Weltpolitik“ tut also not!

Die Bundesrepublik Deutschland ist - nicht erst seit der Wiedervereinigung, aber gewiß in ganz besonderem Maße seit diesem Zeitpunkt - nicht nur ein wichtiger europäischer, sondern längst auch ein bedeutender und angesehener „Global Player“. Sie muß den gestiegenen Anforderungen und ihrer Verantwortung auch weiterhin gerecht werden. Das bedeutet Konzeption, beständige Adaption und sorgfältige Umsetzung einer nicht nur für die direkten Nachbarn verlässlichen, sondern den gesamten Globus umfassenden Politik - eben einer „Weltpolitik“. Wenn nun unter dem Terminus „Weltpolitik“ zur Kaiserzeit oder zur NS-Zeit in Deutschland ganz andere Inhalte und Ziele verfolgt worden sind als heute, so kann dies nicht zu einer generellen Verweigerung der Bereitschaft zur aktiven Einmischung und Mitarbeit in die Belange der Welt, sondern muß vielmehr zur Diskussion und zu einer Präzisierung der heute sinnvollen und notwendigen Inhalte einer „Weltpolitik“ führen. Die Darstellung und Analyse des Ausgreifens der europäischen Kolonialmächte in

die Welt im 19. Jahrhundert, so faszinierend dies auch selbst für Nichthistoriker sein mag, kann für die Konzeption einer „Weltpolitik“ der Zukunft kaum Anregungen erbringen. Zu unterschiedlich sind alle Parameter. Geringere Erfahrungen in der Welt als Großmacht zu haben, bedeutet auch weniger Ballast an Bord. Die genaue Kenntnis der eigenen Fehler und Verbrechen in der Vergangenheit bleibt dabei natürlich unverzichtbar.

Die Bundesrepublik kann sich durchaus auf eine Konzeption für eine in die Welt ausgreifende Politik berufen. Die Diskussion über den Kurs der deutschen Außenpolitik ist zudem in Wissenschaft und Öffentlichkeit und nicht zuletzt im Parlament - schon bedingt durch die notwendigen Entscheidungen im Bereich der Sicherheitspolitik - breit geführt worden. Doch ist bisher in vergleichbarer Breite und Heftigkeit über die Ausbildung einer außenpolitischen Entscheidungselite und - darüber hinaus - über die Ausbildung einer Elite, die den Anforderungen, eben nicht nur im engeren Bereich der Außenpolitik, sondern denen der Globalisierung Rechnung trägt, nicht diskutiert worden.

Das hängt nicht unerheblich damit zusammen, daß es in der Bundesrepublik schon schwierig genug ist, überhaupt eine Bereitschaft zur Förderung von Spitzenbegabungen und damit zur Ausbildung einer verantwortungsbewußten Elite zu artikulieren. In einer Zeit, in der eher das Mittelmaß das Maß aller Dinge zu sein scheint, ist dies allerdings nicht unverständlich. Neben der Vernachlässigung des Qualitätsbedarfs privater und öffentlicher Berufsfelder durch eine seit den 60er Jahren zunächst schnell gewachsenen Hochschullandschaft, die allerdings seit längerem in ihrem Ausbau nicht nur stagniert, sondern rückläufig ist, hat daher Wolfgang Krieger völlig zu Recht die historisch bedingte bundesrepublikanische Distanz zur Eliteausbildung ins Feld geführt: „Natürlich gibt es Eliten, aber man möchte sie lieber nicht durch gezielte, öffentlich sichtbare Ausbildungsstrategien hervortreten lassen, jedenfalls nicht an den Universitäten und im Bereich Außenpolitik, sprich Machtpolitik. Das ist eines der Symptome der ‚Machtvergessenheit‘ der Nachkriegsdeutschen (Hans-Peter Schwarz), der Vorstellung also, daß internationale Ordnungsfragen (insbesondere militärischer Art) durch andere, durch die Groß- und Supermächte oder durch wen auch immer geregelt werden müssen. Direkte eigene Aktivität lasse die Selbst- und Fremdbeschränkung bundesdeutscher Außenpolitik nicht zu. Eine gezielte Elitenausbildung, so fürchtet man, könnte zu Hause und in der Welt unerwünschte Vorstellungen wecken.“<sup>1</sup>

Dabei ist der mangelnde Nachwuchs im Berufsfeld „Internationale Beziehungen“ in der Tat ein großes Defizit bundesdeutscher Bildungspolitik. Eine interne Studie des Bereichs Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung hat erst vor kurzem auf die deutsche Unterrepräsentanz auf den unter der A1- und A2-Ebe-

---

<sup>1</sup> Wolfgang Krieger, Der mangelnde Nachwuchs im Berufsfeld „Internationale Beziehungen“. Ein Defizit bundesdeutscher Bildungspolitik, in: Europa-Archiv, Folge 9, 1990, S. 311-318, hier S. 312.

ne liegenden Positionen in der EU-Kommission hingewiesen. Hauptgrund dafür ist unter anderem die Schwierigkeit des *concours*, mit dem sich deutsche Bewerber konfrontiert sehen, da dieser ihnen - anders als den Mitbewerbern aus den frankophonen Ländern - gänzlich unvertraut ist.<sup>2</sup> Die noch unzureichende Fremdsprachenkompetenz der deutschen Bewerber, obgleich fünf verschiedene Sprachräume an die bundesrepublikanischen Grenzen stoßen, unterstreicht zudem, daß dem Erlernen fremder Sprachen im deutschen Bildungsalltag noch zu wenig Bedeutung zukommt. Selbst wenn Deutsch Arbeitssprache der EU würde, ja dann erst recht, muß dem Fremdsprachenerwerb mehr Raum gegeben werden. Ob man das neue Jahrhundert auch gänzlich ohne Latein und Altgriechisch bewältigen kann? Ich glaube, ja, will aber die ewige Diskussion dazu hier nicht auffrischen! Heute wächst nicht nur die Bedeutung internationaler Großbürokratien, wie z.B. von EU, NATO, UN, Weltbank oder OECD, sondern ebenso verstärkt sich die internationale Einbindung der nationalen Verwaltungen, die - neben Auswärtigem Dienst, BND oder Entwicklungsdienst - schon auf Länderebene, so beispielsweise im Bereich von Gesundheit, Polizei und Umweltschutz, „über die Grenzen hinweg“ kooperieren muß. In einer solchen Zeit sollte das institutionelle Vorhalten entsprechend qualifizierender Ausbildungsgänge in der Bundesrepublik eigentlich selbstverständlich sein. Tatsächlich aber ist die deutsche Präsenz in den angeführten internationalen Organisationen unbefriedigend und der Wunsch nach Ausbildung einer entsprechenden Personalreserve bisher nicht in Erfüllung gegangen.

Hartmut Elsenhans hat zu diesem Thema auf dem *Streitplatz* dieser Zeitschrift beruhigend ausgeführt: „Deutschlands Institutionen zur Ausbildung einer außenpolitischen Entscheidungselite sind denen in Großbritannien, Frankreich oder in den USA vielleicht quantitativ und qualitativ wenig unterlegen.“<sup>3</sup> Der Grund für dieses höchst erstaunliche Urteil mag darin begründet sein, daß Elsenhans wohl nicht selbst in Oxford, Paris oder an der Harvard University aktiv erleben konnte, wie kraß in Wirklichkeit, sowohl in Qualität als auch in Quantität, die Unterschiede im „Reifmachen“ qualifizierter Nachwuchskräfte für diesen Bereich zwischen den genannten Orten und den Hochschulen in der Bundesrepublik sind. Natürlich werden kleinere Gruppen der von der Bundesrepublik benötigten Eliten für Tätigkeiten im internationalen Umfeld behördenintern auf hohem Niveau gut vorbereitet. Dies zeigen etwa die Generalstabsausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg sowie die Ausbildung des Höheren Diplomatischen Dienstes an der Ausbildungsstätte des Auswärtigen Amtes in Bonn. Doch von den deutschen Universitäten wird dieses Feld bisher kaum beachtet. Und obgleich Handel, Banken, Industrie, Medien oder Dienstleistungsbetriebe immer lauter nach international einsetzbaren

<sup>2</sup> Vgl. dazu Beate Neuss/Wolfram Hilz, Deutsche personelle Präsenz in der EU-Kommission. Interne Studie Nr. 108/1999, St. Augustin, November 1999.

<sup>3</sup> Hartmut Elsenhans, Reif für die Weltpolitik? Gedanken zur außenpolitischen Elite Deutschlands, in: *WeltTrends*, Nr. 25, Winter 1999/2000, S. 121-128.

und entsprechend qualifizierten Mitarbeitern rufen, existiert in der Bundesrepublik Deutschland lediglich an der TU Dresden (worauf noch näher eingegangen werden soll) seit zwei Jahren ein kleiner, aber feiner interdisziplinärer Studiengang „Internationale Beziehungen“. Private Universitäten werden sich dieser Entwicklung annehmen und bald, so steht zu befürchten, den staatlichen Hochschulen diesen Studiengang „abnehmen“. Daß Ausschöpfung von Finanzkraft nicht immer auch Ausschöpfung von Begabung bedeutet, sei in diesem Zusammenhang nur angemerkt. Aber der Trend geht längst in diese Richtung.

Deutsche Studenten, die an einem für das Arbeiten im internationalen Umfeld fitmachenden Ausbildungsgang interessiert sind, gibt es schon seit vielen Jahren. Auf sie trifft man in den USA an der Harvard University, der Georgetown University, der Johns Hopkins University oder in Stanford. Am St Anthony's College in Oxford gehören deutsche Studenten in diesem Feld schon seit Anfang der 50er Jahre zur „Grundausstattung“. In der Bundesrepublik sehen sich Industrie, Handel oder Banken inzwischen gezwungen, ihr Führungspotential mit Hilfe entsprechender Aus- und Weiterbildungsprogramme im In- und Ausland selbst zu schulen. Wenn ein Großkonzern bereits eine eigene Universität ins Leben ruft und in dem für erfolgreiches Agieren im Ausland so wichtigen Bereich der interkulturellen Kompetenz kein entsprechendes Angebot findet, so stellt dies den Universitäten doch ein Armutszeugnis aus. Aber wer als Hochschullehrer begabte und an einer internationalen Tätigkeit interessierte Studenten nicht mehr ins Ausland schicken will, und deshalb nach einer Lösung „zu Hause“ sucht, scheitert bisher. Das geben viele Betroffene offen zu; und zwar scheitern sie zumeist an den Kollegen sowie den Kollegialorganen der eigenen Hochschule, die sich ja häufig eher als strenge Bewahrer des Alten denn als Neuerer empfinden.

So kann es auch nicht mehr überraschen, daß keine Universität, sondern eine private Stiftung, die Robert-Bosch-Stiftung Stuttgart, im Februar 1999 in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin, und der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen ein Symposium zum Thema „Ausbildung und Qualifizierung von Nachwuchskräften für internationale Aufgaben“ veranstaltete. Hier wurden die Ausbildungsdefizite dieses Bereiches in der Bundesrepublik von Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft, Verbänden und gemeinnützigen Einrichtungen sachkundig beschrieben und noch einmal zusammengefaßt. Ein mutiger „Stuttgarter Appell an Bund und Länder, Wissenschaft und Wirtschaft“ folgte - dessen Echo übrigens noch aussteht! Hierin heißt es unter anderem: „Die Einigung des größeren Europa, die gewachsene außenpolitische Verantwortung unseres Landes, die Globalisierung der Märkte und die damit einhergehende Übertragung von Kompetenzen auf überstaatliche Organisationen führen zu neuen beruflichen Chancen und einem wachsenden Bedarf an international qualifizierten Nachwuchskräften. Doch fehlt es bisher in Deutschland am Willen zur Durchsetzung einer konzertierten Politik zur frühzeitigen und breit angeleg-

ten Förderung von Begabungen und Interessen für europäische und internationale Aufgaben.“<sup>4</sup>

Zum Zeitpunkt des Symposiums hatte die TU Dresden bereits Neuland in diese Richtung betreten. Den Plan, einen fächerübergreifenden Studiengang „Internationale Beziehungen“ in Dresden in die Tat umzusetzen, erleichterten mehrere Faktoren. Zunächst müssen das generelle Interesse und die Einsicht in die Notwendigkeit eines solchen Studiengangs beim Ministerpräsidenten, beim Staatsminister für Wissenschaft sowie bei der Hochschulleitung der TU genannt werden. Hinzu kommen die bekannte Innovationsbereitschaft der TU Dresden und ihres Leitungsgremiums sowie das Vorhandensein einer solchen Initiativen erleichternden Hochschulgesetzgebung im Land Sachsen. Glück und Zufall führten zudem Hochschullehrer verschiedener Fächer am Ort zusammen, die noch über die bereits bestehende Belastung hinaus bereit waren, etwas Neues zu wagen.

Seit dem Winter 1998 studieren in Dresden jeweils 30 Studenten in einer Jahrgangsklasse das Fach „Internationale Beziehungen“. Sie werden, jeweils Mitte August, aus einer großen Zahl von Bewerbern aus der gesamten Bundesrepublik und dem Ausland ausgewählt. In diesem Jahr sind es beispielsweise über 500 schriftliche Bewerbungen, aus denen 140 Kandidaten für ein Auswahlgespräch mit zwei Hochschullehrern eingeladen werden. Das Studium wird nach sechs Semestern mit dem Bachelor abgeschlossen, nach weiteren zwei Semestern folgt der Master-Degree. Der Studiengang besteht aus den Fächern Rechtswissenschaft und Wirtschaft, die den Schwerpunkt des Studiengangs bilden, sowie Internationale Politik und Geschichte der Internationalen Beziehungen. Hinzu kommt eine sehr anspruchsvolle Ausbildung in zwei modernen Fremdsprachen, die zur Verhandlungsreife führen soll. Jede Studienleistung wird durch schriftliche oder mündliche Prüfung abgeschlossen und danach ein Point-Grading vorgenommen. Im fünften Semester ist ein Studienaufenthalt an einer ausländischen Hochschule Pflicht. Der erste Jahrgang ist zur Zeit im Ausland, wobei die gewählten ausländischen Hochschulen von Rußland über ganz Europa bis in die USA und nach Kanada reichen. Daß diese Vorgaben nur im Rahmen eines strikt aufgebauten Curriculums eingehalten werden können und von den Studierenden ein Maximum an Fleiß und Disziplin erfordern, ist einsichtig. Deren Motivation steht jedoch, bei aller Belastung, außer Frage, und es entsteht sogar wieder ein Gefühl des Zusammenhalts sowie ein Sozialverhalten, das den meisten Studierenden in den „großen Fächern“ offensichtlich abhanden gekommen ist.

Über die Einrichtung des Dresdner Studiengangs ist in den Medien breit berichtet worden.<sup>5</sup> Plätze für Praktika im In- und Ausland werden angeboten, und Anfra-

---

<sup>4</sup> Robert-Bosch-Stiftung (Hrsg.), Stuttgarter Appell an Bund, Länder, Wissenschaft und Wirtschaft. Für mehr Internationalität in Bildung, Ausbildung und Personalpolitik. Stuttgart 1999, S. 3.

<sup>5</sup> So zuletzt von Reinhard Müller, „Mehr Biss und mehr Leistung. Internationale Beziehungen in Dresden“, in: FAZ, Nr. 145, 26. Juni 2000, S. 5.

gen aus der Wirtschaft, wann die ersten Absolventen denn „auf den Markt kämen“, signalisieren ein deutliches Interesse. Bisher ist übrigens - erstaunlicherweise - noch keine Attacke auf die Auswahl und Förderung besonderer Begabung erfolgt. Aber das kann ja noch werden! Natürlich kann der Studiengang in Dresden in der Bundesrepublik nur ein bescheidener Anfang sein. Doch bleibt zu hoffen, daß auch andere Universitäten folgen und auf diese Weise die Ausbildung eines qualifizierten und verantwortungsbewußten Nachwuchses im Bereich internationale Aufgaben erfolgt. Dieser wird auch einer „Weltpolitik“ gänzlich andere Facetten zu verleihen wissen, als die „Weltpolitik“ einer hypertrophen deutschen Vergangenheit.